



Neue Verjährungsfrist für Beitragsrückerstattung

Geplante Gesetzesänderung bringt erhebliche Nachteile

Die Bundesregierung hat eine Gesetzesvorlage beschlossen, nach der auch für die Rückerstattung von zu unrecht gezahlten Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung eine Verjährungsfrist eingeführt wurde.

Es gab bisher bereits bei der Rückerstattung von zu Unrecht bezahlten Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung eine Verjährungsfrist von vier Jahren. Bei der Pflegeversicherung gab es nach unserer Kenntnis überhaupt keine Möglichkeit der Rückerstattung. In der gesetzlichen Krankenversicherung gab es eine Rückerstattung nur für einen Zeitraum, für den keine Leistungen bezogen wurden.

In der gesetzlichen Rentenversicherung ist diese Frist für die Rückerstattung von Beiträgen seit dem 1.1.2008 auch auf 4 Jahre verkürzt worden. Die in dieser Zeit „zu Unrecht als Pflichtbeiträge“ behandelten Zahlungen werden dann im Zweifelsfall zu freiwilligen Beiträgen, was mit einer Reihe von Nachteilen verbunden ist. Deswegen ist es weiterhin nötig, den Status in der Sozialversicherung prüfen zu lassen.

Es kann dabei um bis zu 50.000 EUR gehen.

Die Bundes-Versorgungs-Werk BVW GmbH bietet in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwältin Bianka Albers-Rosemann die Statusprüfung ab Antragsstellung inkl. gegebenenfalls notwendigem Widerspruchsverfahrens zum Festpreis von 850,00 EUR zzgl. USt also insgesamt **1.011,50 EUR**. Sollen zusätzlich die Beiträge für die letzten vier Jahre erstattet werden, so werden dafür zusätzlich 350,00 EUR berechnet, so dass sich ein Gesamtpreis von 1.200,00 EUR zzgl. USt. **1.428,00 EUR** ergibt.

Ein Punkt, der in den ganzen Überlegungen immer wieder vergessen wird. Eine falsche Einstufung bezüglich der Sozialversicherungspflicht kann zu erheblichen Steuernachzahlungen führen.

Zahlt ein Arbeitgeber seine Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, obwohl keine Sozialversicherungspflicht bestand, so ist dieses ein zusätzlicher geldwerter Vorteil, der dann eine **nachträgliche Steuerzahlung** auslöst. Von einer Verjährungsfrist ist uns hier nichts bekannt, wohl aber von einem eigenständigen Prüfungsrecht der Finanzverwaltung, solange die Sozialversicherungsträger keine Statusfeststellung durchgeführt haben.

Erst wenn es eine Statusfeststellung durch die Sozialversicherungsträger durchgeführt wurde, ist die Finanzverwaltung daran gebunden.

Auch dieses ist ein guter Grund eine Statusprüfung möglichst bald durchzuführen.

Hans-Dieter Stubben

Hamburg, 04.11.2007

Diese Ausführungen wurden mit großer Sorgfalt zusammengestellt und stellen die Einschätzung der Bundes-Versorgungs-Werk BVW GmbH da. Aktuelle Erlasse, Gesetze sowie die einschlägige Rechtsprechung können jedoch dazu führen, dass Änderungen eintreten. Aus diesem Grunde kann für die Richtigkeit keine Haftung übernommen werden. Es wird empfohlen, im Zweifelsfall einschlägige Spezialisten zu Rate zu ziehen.

Weitere Information zum Thema betriebliche Altersversorgung finden sie auf <http://www.bvw-gmbh.de/service/bvw-info/>